

**Antwort
der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Brahmst-Rock, Weiss (München)
und der Fraktion DIE GRÜNEN**
— Drucksache 11/1384 —

Kraftfahrzeug-Stauungen auf bundesdeutschen Autobahnen und Bundesstraßen

Der Bundesminister für Verkehr – StV 12/36.53.00 – hat mit Schreiben vom 15. Dezember 1987 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

1. Wie hoch berechnet die Bundesregierung die Kosten für zusätzliche Polizeieinsätze mit Hubschraubern, Personenkraftwagen, Motorrädern und sonstigen Mitteln zur Umleitung bzw. Regelung des betroffenen Verkehrs bei KFZ-Staus auf den Bundesautobahnen und -straßen in der ersten Hälfte 1987 sowie in den Jahren 1986, 1985, 1984, 1977?

Der Bundesregierung liegen dazu keine Zahlen vor. Nach Rückfrage bei zwei Ländern (Nordrhein-Westfalen und Bayern) kann auch die Polizei diese Angaben nicht liefern.

2. Welche Gesamtsendezeit haben nach Kenntnis der Bundesregierung die ständigen Rundfunkdurchsagen zur Verkehrslage bzw. Staumeldungen auf Bundesautobahnen und -straßen auf den Sendern NDR 2, WDR 2, HR 3, SR 1, SDR 1, BR 3 sowie evtl. anderen Sendern in der ersten Hälfte 1987 und in den Jahren 1986, 1985, 1984, 1977 in Anspruch genommen?

Wieviel Personal wurde/wird bei diesen Sendeanstalten in den erwähnten Zeitabschnitten jeweils gebraucht? Wie hoch schätzt die Bundesregierung jeweils die Gesamtkosten für diese Durchsagen und von wem werden diese Kosten in welcher Höhe übernommen?

Der Bundesregierung liegen auf diesem Gebiet keine Angaben über Sendezeiten bei den einzelnen Sendern, Personalaufwand und Gesamtkosten vor.

Der Umfang der Störungsmeldungen insgesamt ergibt sich aus der nachstehenden Übersicht, die auf Angaben der Bundesmeldestelle für den Verkehrswarndienst beim Innenministerium Düsseldorf beruht.

	1977	1984	1985	1986	1987 (erstes Halbjahr)
Störungsmeldung an Rundfunk aus NRW	5 250	12 051	12 998 + 7,9 % zu 84	15 424 + 18,7 %	8 116 + 18,7 %
aus anderen Bundesländern an die Bundesmeldestelle	1 406	5 998	6 526 + 8,8 %	7 857 + 20,4 %	3 769 + 16,8 %
gesamt	6 656	18 049	19 524 + 8,2 %	23 281 + 19,2 %	11 885 + 18,1 %

Anmerkung

Jede dieser Störungsmeldungen bedingt drei Meldungen an den Rundfunk und zwar in der Regel: Eingabe, Veränderung und Löschung. Oft wird eine Störung wiederholt im Rundfunk gemeldet. Als Erfahrungswert kann angegeben werden, daß aus jeder Störung im Durchschnitt drei Meldungen entstehen. Dies bedeutet für 1977 ca. 20 000, für 1984 ca. 55 000, für 1985 ca. 60 000, für 1986 ca. 75 000 Meldungen. Voraussichtlich ist 1987 mit einer weiteren Steigerung zu rechnen.

3. Wie viele Unfälle wurden durch Auffahren in bestehende Staus und durch das Verhalten Schaulustiger in den erwähnten Zeitabschnitten, verursacht?

Wie viele Verletzte bzw. Tote gab es jeweils bei diesen Unfällen?

Der amtlichen Unfallstatistik lassen sich nur die Anzahl und die Folgen der Unfälle mit „Zusammenstoß mit anderen Fahrzeugen, die vorausfahren oder warten“ entnehmen. Diese Zahlen erfassen aber auch solche Unfälle, die nicht unmittelbar mit bestehenden Staus zusammenhängen. Im Jahre 1986 wurden auf Bundesautobahnen 6 701 Unfälle der beschriebenen Art mit Personenschäden registriert; an den Folgen dieser Unfälle starben 173 Personen, 2 033 wurden schwer und 9 159 leicht verletzt. Auf Bundesstraßen gab es 13 766 entsprechende Unfälle, bei denen 74 Personen starben, 1954 schwer und 16 882 leicht verletzt wurden.

Angaben zur Unfallursache „Schaulustige“ gibt es nicht. Die entsprechenden Zahlen für 1985, 1984 und 1977 lauten:

BAB:

	Unfälle mit Personen- schaden	Getötete	Schwerverletzte	Leicht- verletzte
1977	5 695	234	2 051	7 878
1984	5 423	163	1 818	7 439
1985	5 201	192	1 712	6 946

Bundesfernstraßen:

1977	11 131	168	2 311	13 552
1984	12 593	92	2 189	15 042
1985	11 892	88	1 913	14 205

Zahlen für die 1. Jahreshälfte 1987 liegen bisher nicht vor.

4. Welche zusätzliche Umweltbelastungen (in Tonnen NO_x, CH, CO) entstanden nach Schätzung der Bundesregierung durch die KFZ-Staubildung auf Bundesautobahnen und Bundesstraßen in der ersten Hälfte 1987 sowie in den Jahren 1986, 1985, 1984, 1977?

In der Bundesverkehrswegeplanung spielen die Umweltbelastung mit Schadstoffen aus Abgasen sowie der Verbrauch von Treibstoffen für die Bewertung von Fernstraßenprojekten eine Rolle.

Die Quantifizierung und Bewertung entsprechender Vorteile, die übrigens insoweit nur für den Treibstoffverbrauch als geschwindigkeitsabhängig gelten, erfolgt dabei aber lediglich im Einflußbereich einzelner Projekte. Räumlich lückenlos aggregierte Informationen über stauungsbedingte Schäden stehen der Bundesregierung nicht zur Verfügung.

5. Welchen zusätzlichen Kraftstoffverbrauch (in Tonnen Benzin/Diesel) hat es nach Einschätzung der Bundesregierung durch die KFZ-Staubildung auf den Bundesfernstraßen jeweils in den erwähnten Zeitabschnitten gegeben?

Siehe Antwort zu Frage 4.

6. Wieviel Fläche (in km²) haben jeweils am Ende des Jahres 1986, 1985, 1984, 1977 sowie am 30. Juni 1987 die Bundesfernstraßen in Anspruch genommen (aufgeteilt nach Bundesautobahnen und Bundesstraßen)? Mit welcher Fläche rechnet die Bundesregierung zum Ende 1988?

Gemeinsame Berechnungen des Bundesministers für Verkehr und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin über die befestigte Fläche öffentlicher Straßen (diese umfaßt im wesentlichen die Fahrbahnfläche, die befestigten Rand- und Seitenstreifen, Flächenanteile für Zu- und Abfahrten zu Bundesstraßen und Bundesautobahnen und den Flächenbedarf der Nebenanlagen) liegen nur vor für die Jahre 1966 bis 1986 (jeweils zu Jahresbeginn) in fünfjährigem Abstand.

		Fläche (in km ²)			
		zu Beginn des Jahres ...			
Straßenklasse		1971	1976	1981	1986
Bundesautobahnen		108,5	154,8	200,5	223,2
Bundesstraßen		252,0	263,7	271,8	273,7
nachrichtlich: Nebenflächen an – BAB – Bundesstraßen			33,8 km ² (1986)		14,4 km ² (1986)

Damit haben die Bundesautobahnen 1986 einen Anteil von 0,09 % und die Bundesstraßen einen Anteil von 0,11 % an der Fläche des Bundesgebietes erreicht.

Eine Aussage über die befestigten Flächen zum Jahresende 1988 ist mit ausreichender Sicherheit nicht möglich, da Flächenveränderungen von vielen Einflußfaktoren wie Abstufungen, Rekultivierungen, Neuvermessungen u. v. m. abhängen, nicht nur vom Neubau.

7. Wie viele Kraftfahrzeugzulassungen gab es am Ende des Jahres 1986, 1985, 1984, 1977 und am 30. Juni 1987?

Mit wieviel Zulassungen rechnet sie zum Ende 1988?

Die Entwicklung des Kfz-Bestandes stellte sich in den einzelnen Jahren (jeweils 1. Juli) wie folgt dar:

Anzahl in Mio.

1977	23,3
1984	29,5
1985	30,2

1986	31,4
1987	32,4
1988	Schätzungen liegen nicht vor.

8. Ist die Bundesregierung der Meinung, daß mit immer mehr Bundesfernstraßen immer weniger Verkehr geschaffen wird?

Die Bundesregierung ist bestrebt, den Mobilitätsbedürfnissen der Bundesbürger und der Wirtschaft soweit wie möglich Rechnung zu tragen. Hierzu ist sie nach § 3 Abs. 1 Bundesfernstraßengesetz verpflichtet.

Die Bundesregierung fördert die Verlagerung von Straßenverkehr auf andere Verkehrsmittel u. a. mit dem Ziel, die Zunahme des Verkehrs auf den Bundesfernstraßen möglichst zu dämpfen.

9. Welche konkreten Maßnahmen zur Reduzierung der Verkehrsdichte auf den Bundesautobahnen und -straßen hat diese Bundesregierung bisher durchgeführt, und welche Pläne hat sie außerdem in dieser Hinsicht erarbeitet?

Die Neu- und Ausbaustrecken der Deutschen Bundesbahn werden zu einer entscheidenden Angebotsverbesserung im Eisenbahnverkehr führen und damit die Voraussetzung für eine verstärkte Inanspruchnahme der Schiene schaffen.

Hierfür hat die Deutsche Bundesbahn in den Jahren 1986 und 1987 Rekordinvestitionen in Höhe von 2,9 Mrd. DM eingesetzt, die in voller Höhe vom Bund zur Verfügung gestellt wurden.

Durch die ordnungspolitische Förderung des kombinierten Verkehrs leistet die Bundesregierung bereits heute einen wesentlichen Beitrag zur Entlastung der Straßen. Das 716-Mio.-DM-Programm für den kombinierten Verkehr im Bundesverkehrswegeplan 1985 macht einen zügigen Ausbau der Umschlagbahnhöfe möglich.

